Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M. Einzelnummer 60 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 60 Pf.

Nr. 34 | Dresden, Donnerstag den 9. Februar 1922 | 33. Jahrg.

Französische Verschleppungsmanöver

Es ist eine allgemeine menschliche Schwäche, sich vor unangenehmen Dingen herumzudrücken oder, wo das nicht angeht, sie wenigstens hinauszuschieben, allerlei „Vorbereitungen" zu treffen, immer neue Einwände und Vorwände zu erfinden, die geeignet sind, das betreffende Ereignis nicht zu fördern, sondern zu verschleppen.

Wie unangenehm für Poincaré die Konferenz von Genua sein muß, kann man daraus erkennen, daß er allein sechs Monate Zeit für die Vorbereitungen braucht. Er rät deshalb in einer Note an die englische Regierung, die Konferenz

um wenigstens drei Monate zu verschieben.

Poincaré wiederholt dann die alten, schon mehrmals vorgebrachten Bedingungen (lies: Einwände) gegen die Konferenz:

daß keines der Rechte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrag erhalten habe, angetastet werde, ebensowenig wie die Friedensverträge, welche die Grundlage des internationalen Rechts von Europa seien. Diese Bedenken müßten die Konferenz von Genua verhindern, die Reparationsfrage zu behandeln

und ist so glücklich, einen neuen Punkt in die Debatte werfen zu können:

daß die alliierten Mächte das Recht zur Intervention haben müßten, wenn die Wiederherstellung einer militärischen Monarchie in Deutschland oder Ungarn erfolge.

Bei diesem letzten Punkt rechnet Poincaré auf die Unterstützung der Kleinen Entente, des einzigen Bundesgenossen, der ihm geblieben ist.

Auch sonst ist er sehr um den Erfolg von Genua besorgt. Er schlägt deshalb in seiner Note weiter vor, eine Zusammenkunft zwischen den britischen, französischen und italienischen Vertretern, bevor die Konferenz von Genua zusammentrete. Eine solche Vorkonferenz würde das geplante Programm von Genua im einzelnen prüfen müssen, um die alliierten Interessen gegen alle Sabotageversuche (!) der russischen und der deutschen Delegation zu schützen.

Demgegenüber beharren die Engländer bei ihrer kühlen Ablehnung der französischen Wünsche. Im Unterhause sprach sich Lord Curzon

gegen ein englisch-französisches Militärabkommen

aus:

Seiner Ansicht nach würde es ein großer Fehler sein dieses Uebereinkommen, wie es von mancher Seite gewünscht wird, in ein Offensiv- und Defensivbündnis auszubauen. Sein Bestreben seit dem Kriege sei es immer gewesen, aus dem Strom der Militärbündnisse herauszukommen, die Europa in bewaffnete Lager geteilt haben, die den Weltfrieden bedrohen.

Dagegen betonte Lord Curzon von neuem die

Notwendigkeit der Konferenz von Genua:

Die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa könnten nur durch die gemeinsamen Anstrengungen geändert werden. Daher sei diese Konferenz vorgeschlagen worden, an der alle Länder Europas teilnehmen sollten. Man könne Deutschland nicht ausschließen, und zwar wegen seiner geographischen Lage, seiner großen Oelquellen und der besonderen Fähigkeiten des deutschen Volkes. Man könne ebensowenig Rußland ausschließen, weil, solange Osteuropa sich im Zusammenbruch befinde, Mitteleuropa nicht wiederhergestellt werden könne. Er hoffe, daß die Konferenz einen bedeutenden Fortschritt auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Wiederaufbaues darstellen werde. Es könne wohl sein, daß die Konferenz von Genua Folgen zeitigen werde, die von jenen der Washingtoner Konferenz hinsichtlich des fernen Ostens nicht sehr verschieden sein würden.

Während die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten bisher auf den Ton abgestimmt waren, daß die Amerikaner an der Genua-Konferenz nicht teilnehmen werden, besagen die neuesten Meldungen, daß die Antwort auf die italienische Einladung im Laufe dieser Woche abgehen und **Präsident Harding die Einladung annehmen wird,** was wir von vorngerein für das Wahrscheinlichere gehalten haben.

Ein antisozialistisches Kabinett in Italien?

Mailand, 9. Februar. Der italienische Kammerpräsident de Nicola hat die Bildung des neuen Kabinetts nach einer Unterredung mit dem König abgelehnt. Die Ablehnung hat in den Wandelgängen des Hauses großen Eindruck gemacht. Es wird bereits von Neuwahlen gesprochen.

Rom, 9. Februar. Gestern vormittag wurde Expreminister Orlando vom König mit der Kabinettsbildung beauftragt. Orlando sucht Anschluß nach rechts und würde ein antisozialistisches Kabinett bilden. Im Falle eines Mißerfolges dieses Versuches dürfte der König Giolitti von neuem beauftragen.

Stinnes leugnet vergeblich

Wir haben die „Widerlegung" des Herrn Stinnes bereits gestern charakterisiert. Sie bestand in der Hauptsache in der Verweigerung einer Antwort und in Angriffen gegen Rathenau. Auf diesen etwas seltsamen Abwehrungsversuch antwortet die Frankfurt. Zeitung:

„Herr Stinnes hat seinen Plan der Privatisierung der deutschen Eisenbahnen auch in London vertreten. Er hat das mit Argumenten getan, die den Engländern angenehm sein sollen: durch die Fata Morgana einer durch die Privatisierung schneller zu bewirkenden Beseitigung des Eisenbahndefizits, durch die Verquickung mit seinen an sich interessanten Bestrebungen auf Sanierung der ost- und südosteuropäischen Eisenbahnnetze, anscheinend nach den Informationen unsres Londoner Korrespondenten auch durch die Verquickung mit dem Reparationsproblem, für das er nach sehr gewichtigen englischen Zeugnissen einen Vorschuß von 500 Millionen Goldmark für das Reich gegen Verpfändung der privatisierten Eisenbahnen vorgeschlagen hatte.

Für uns war dabei das Wichtigste, daß Herr Stinnes über diese innerdeutsche Angelegenheit der Eisenbahnprivatisierung überhaupt in London verhandelt hat, daß er dies tat, obwohl er die innerdeutschen Widerstände gegen diesen seinen Plan schon sehr deutlich erfahren hatte, und daß er das Unglaubliche, das hierin lag, anscheinend überhaupt nicht einmal empfand. Hinter dem Gesamtbilde, das sich so enthüllte, treten die Einzelheiten an Wichtigkeit so zurück, so interessant zum Beispiel gerade das Fünfhundertmillionenangebot (wegen dessen Dementierung unser Londoner Korrespondent im Abendblatt vom Sonnabend die Zuverlässigkeit und die zweifellose Eingeweihtheit seiner Londoner Gewährsmänner nochmals betont hat) gerade auch für die Beurteilung der außenpolitischen Urteilsfähigkeit des Herrn Stinnes sein könnte."

Die Regierungssehnsucht der Deutschen Volkspartei

Der Vorstoß der deutschvolksparteilichen Reichstagsfraktion gegen Wirth wegen der Ernennung Rathenaus zum Außenminister hat nicht überall in der Deutschen Volkspartei Beifall gefunden. So bringt der Hannoversche Kurier, ein altes nationalliberales Blatt, einen Leitartikel, in dem ausgeführt wird, daß vor der Bindung an das Steuerkompromiß bestimmte Bedingungen an die Verhandlungen zu stellen gewesen wären, daß aber dem Reichskanzler freie Hand geblieben wäre, und daß man sich nun nicht wundern könne, wenn er mit einer schwankenden Reichstagsfraktion nicht erst verhandle, sondern sie vor vollendete Tatsachen stellen. Es wird dann weiter gesagt, es sei durchaus zu verstehen, daß Rathenau die Weiterführung der Verhandlungen für Deutschland von seiner Ernennung zum Außenminister abhängig gemacht habe und es sei unverständlich, warum die Parteileitung in Berlin offiziell verkünden ließ, daß sie die Hand wieder frei bekommen habe. Die Besetzung des Außenministeriums könne nicht unter den sachlichen und persönlichen Garantien verstanden werden, deren Erfüllung sich die Partei vorbehalten habe. Zum Schluß rät das Blatt der Partei, den Eintritt in die große Koalition zu fordern. Wenn dann die Sozialdemokratie ablehne, so trage sie die Verantwortung für alles weitere.

Der Hannoversche Kurier ist zwar mit dem Vorgehen seiner Parteileitung nicht einverstanden, aber auch dieses Blatt verlangt, daß die volksparteiliche Fraktion auf der Aufnahme ihrer Vertreter in die Regierung besteht. Die Sozialdemokratie hat unter den gegenwärtigen Umständen auch nicht die geringste Veranlassung, der Aufnahme von Vertretern der Deutschen Volkspartei in die Regierung zuzustimmen. Das Verhalten der Deutschen Volkspartei während der Verhandlungen über das Steuerkompromiß zeigte, daß diese Partei nicht bereit ist, Zugeständnisse zu machen. Das Steuerkompromiß konnte nur dadurch zustande kommen, daß die Sozialdemokratie mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage Deutschlands einen wichtigen Teil ihrer Forderungen vorläufig fallen ließ. Es wird nur der Sozialdemokratie zu verdanken sein, wenn jetzt eine für unser Volk gefährliche politische Krise vermieden wird. In rücksichtsloser Weise hat die Deutsche Volkspartei bei den Steuerverhandlungen die Interessen der Besitzenden vertreten. Deshalb würden wir es gerade unter den gegenwärtigen Umständen für einen schweren Fehler halten, wenn unsre Fraktion sich mit dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung einverstanden erklärte. Beharren die bürgerlichen Parteien darauf, daß die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintritt, so werden sie voraussichtlich auf die Mitwirkung unsrer Vertreter verzichten und damit rechnen müssen, daß die Sozialdemokratie den schärfsten Kampf gegen die Regierung aufnimmt.

Nach dem Streik

In einigen Tagen werden alle die Räder wieder rollen, die mehr denn eine Woche stillgestanden haben und der Verkehr wird wieder sein normales Gesicht zeigen, soweit in unsrer abnormen Zeit überhaupt in irgendeiner Beziehung von normalem Gesicht die Rede sein kann. Der Schaden, den der Eisenbahnerstreik angerichtet hat, wird sich ersichtlich an der Jahresbilanz der Bahnbetriebe, an der Stillegung von Betrieben, deren Kraftquellen verstopft wurden, an der Geldentwertung, die auch die Lohnerhöhung der Eisenbahner nahezu wieder auffrißt. Ein Kampf, der so tief ins öffentliche Leben einschneidet und von solchen Gefahren begleitet ist, verdient, von allen Seiten eingehend behandelt zu werden.

Wir haben gestern die gewerkschaftlichen Resultate des Streiks gewürdigt und betonen nochmals, daß die Schuld an diesen katastrophalen Ereignissen nicht nur etwa auf Seiten der Streikenden zu suchen ist. Die Regierung hätte in der Regelung der berechtigten Forderungen der Beamten rascher verfahren müssen und die Defizitwirtschaft der Staatsbetriebe hängt schließlich auch nicht nur mit den gestiegenen Beamtenlöhnen zusammen, sondern vor allem auch mit den gestiegenen Materialpreisen und der Zerrüttung des Materials durch den Krieg. Erhöhung der wirtschaftlichen Rationalität der öffentlichen Betriebe setzt eine Entbureaukratisierung und Leitung der Betriebe durch tüchtige Fachmänner voraus. Bis heute ist Deutschland in diesen Punkten beim bureaukratischen Schlendrian des alten Obrigkeitsstaates geblieben, so daß abnorme Zeiten der Not der Teuerung und der Geldentwertung natürlich solche Defizitersscheinungen zeitigen müssen, um die alle Teile des Volkes mit Recht besorgt sind. Ein nicht minder großer, und zwar taktischer Fehler der Regierung war der Antistreikerlaß. Er galt als eine Bedrohung des Koalitionsrechtes, mußte von einem großen Teile der Arbeiterschaft mißverstanden werden und machte es den Ausständigen schwer, wieder in ihre Betriebe zu gehen, da ihnen nunmehr das Ringen einen Kampf um ihre Existenz bedeutete.

Aber welche Fehler immer man der Regierung auf's Konto schreiben mag, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß eine kleine gewerkschaftliche Gruppe mitten in den Verhandlungen zwischen Staat und Arbeitnehmer in einen Streik trat, dessen katastrophale Wirkung jedes Kind voraussehen konnte. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mißbilligten dieses Vorgehen der Reichsgewerkschaft. Auch im sozialistischen Lager ließ man der Gruppe keinen Zweifel über das Unverantwortliche ihres Vorgehens. Die Reichsgewerkschaft verharrte bei ihrem Fehler und nur der Umstand, daß in der unseren Beamtenschaft wie in der gesamten Arbeiterschaft eine tiefe Abneigung gegen Streikbrecherei steckt, hat sie es zu verdanken, daß der Streik nicht in den ersten Tagen zusammenbrach. Wer ist denn die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner überhaupt?

In weiten Kreisen, die mit Politik und öffentlichen Fragen nur in einer recht lockeren Berührung stehen, gilt der Streik als ein sozialistisches Unternehmen. Darum sei nochmals festgestellt, daß die Reichsgewerkschaft ursprünglich vom Verkehrsminister Groener gegründet wurde als ein Gewicht gegen die freigewerkschaftlichen Beamtenverbände. Es ist ein bissiger Witz der Geschichte, daß Groener mit zu den ersten derer gehört, die die Disziplinlosigkeit und den Mangel an gewerkschaftlichem Sinn solcher unterfittiger Gewerkschaftsgründungen spüren mußte. Wenn sich die Reichsgewerkschaft jetzt etwa aufspielt als eine Hüterin des Koalitionsrechts, so möchten wir in aller Schlichtheit fragen: Wo waren die Führer dieses Streiks denn, ehe der 9. November 1918 den Beamten Meinungs- Gewissens- und Koalitionsfreiheit erkämpfte? Mancher dieser Beamten, die uns heute sozialistisches Empfinden absprechen möchten weil wir der Auffassung sind, daß den Beamten besondere Fäden mit dem Wohl der Gesamtheit verknüpfen, getraute sich vor dem 9. November nicht einmal, seiner Gesinnung entsprechend zu reden, gebärdete sich streng konservativ und getraute sich nicht einmal seiner Gesinnung entsprechend zu wählen, geschweige denn sozialistische Blätter zu lesen oder einer freien Gewerkschaft beizutreten. Wenn wir auch bei diesem Kampfe das Wohl der Gesamtheit gegenüber den Interessen kleiner Gruppen vertreten haben, so war das jedenfalls sozialistischer gehandelt, als das von allen Gewerkschaften verurteilte Verhalten der Reichsgewerkschaft. Ihrer Kopflosigkeit und Disziplinlosigkeit ist es zu danken, wenn im Zusammenhange mit dem glücklicherweise hinter uns liegenden Kampf die Frage des Beamtenstreikrechts wiederum aufgerollt worden ist.

Es ist unsrer Ansicht nach selbstverständlich, daß den Beamten das Recht der Vereinigung in gewerkschaftlichen Interessenvertretungen gewahrt bleiben muß. Ob ihnen aber ein Streikrecht in dem Umfange wie der übrigen Arbeiterschaft zugestanden werden kann, ist ein Problem, das allerdings ernsthaftere Erwägung verdient. Der Beamte hat nicht nur besondere Pflichten, er hat auch besondere Rechte und unterscheidet sich in seinem Arbeitsverhältnis von dem des Arbeiters grundsätzlich durch den erhöhten Schutz, mit dem ihn die Oeffentlichkeit umgibt. Wenn halsstarrige Unternehmer ihre Arbeiter durch rücksichtslose Profitwirtschaft ausbeuten, so bleibt dem Arbeitnehmer nichts als der Streik, obwohl es auch in solchem Falle bei den Gewerkschaften zur Tradition geworden ist, vorher alle Verhandlungswege zu erschöpfen. Der Beamte hat über die Verhandlungen hinaus andre Verteidigungs- und Angriffsmöglichkeiten. Er kann appellieren an die Parlamente, an die Parteien, an die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19220209/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG